



Personen - Fakten - Trends

Jesuiten-Zeitschrift warnt vor „Ökumene des Hasses“

Die italienische Jesuiten-Zeitschrift „La Civiltà Cattolica“ warnt in ihrer Ausgabe vom 13. Juli 2017 vor einem neuen politischen Manichäismus in den USA, in welchem auf dualistische Weise nur noch zwischen dem „absolut Guten“ und dem „absolut Bösen“ unterschieden werde. Exemplarisch für die ideologischen Denkmuster dieses Manichäismus, so die Autoren des Artikel, Antonio Spadero und Marcelo Figueroa, sei die Sprache von Präsident Donald Trump, wenn er die Feinde der USA kategorisch in „böse“ und „sehr böse“ einteile.

Zu den Verbündeten Trumps rechnet der Artikel dabei evangelikale Fundamentalisten und ultrakonservative Katholiken. Die Mitglieder dieser gefährlichen Allianz verurteilten unisono die traditionelle Ökumene und machten sich stattdessen für einen „Konflikt-Ökumenismus stark, dessen nostalgischer Traum der Gottesstaat ist“. Das Bündnis gebärde sich xenophob und islamfeindlich und sei einzig und allein am Bau von Mauern und an ideologischen Säuberungsaktionen interessiert.

Friedensaktivist Jerry Zawada starb mit 80

Am 25. Juli 2017 starb in Milwaukee, im US-Bundesstaat Wisconsin, einer der bekanntesten amerikanischen Atomwaffengegner und Friedensaktivisten der letzten Jahrzehnte, Jerry Zawada. Der Franziskaner wurde 80 Jahre alt.

Sein unerschütterlicher Glaube an die gewaltlose Lösung von Konflikten führte ihn bis wenige Jahre vor seinem Tod zu unzähligen Brennpunkten menschlicher Not: an die Seite enteigneter Bauern in Zentralamerika, an die Seite von Menschen, die im Irak, in Afghanistan oder in der West Bank zwischen die Fronten geraten waren, zur US-mexikanischen Grenze in den Bundesstaaten Arizona und Texas, um Flüchtlingen den Weg in die Freiheit zu ebnen, in die Slums von Chicago, wo er Armen und Bandenmitgliedern half, neue Lebensperspektiven zu entdecken, und sehr oft auch – verbotenerweise – in militärische Einrichtungen der US-Armee, um gegen das kostspielige Waffenarsenal seiner Regierung zu protestieren.

Zawada wurde 1984 in Chicago zum ersten Mal inhaftiert, als er das Eingreifen der CIA in den Nicaragua-Konflikt verurteilte. Als man ihn vor nicht allzu langer Zeit fragte, wie oft er wegen „zivilen Ungehorsams“ Gefängnisstrafen absitzen musste, antwortete der Franziskaner: „Sie haben mich mehr als hundertmal in den Knast gesteckt. Zusammengerechnet habe ich mindestens fünf Jahre gesessen.“

Zugang zu sauberem Trinkwasser

Da die Umsetzung einer UNO-Resolution über den Zugang zu Trinkwasser als Menschenrecht ins Stocken geraten ist, bereitet der Vatikan derzeit ein entsprechendes Dokument vor, wie Erzbischof Ivan Jurkovic, ständiger Beobachter des Heiligen Stuhls bei den Vereinten Nationen in Genf und bei der Welthandelsorganisation, in einem Gespräch mit "Radio Vatikan" bekannt gab. 70 UN-Mitglieder würden das Recht auf Wasser bislang noch nicht anerkennen. Am 14. September werde Kurienkardinal Peter Turkson deshalb in Genf die Vorschläge des Vatikans unterbreiten.

Jurkovic nannte "dramatische" Zahlen: Fast 1.000 Kinder würden UN-Angaben zufolge täglich an Krankheiten sterben, die mit verschmutztem Wasser zu tun haben, 1,8 Milliarden Menschen konsumierten in der Regel verschmutztes Wasser. Die internationale Gemeinschaft habe sich darum bereits 2010 auf eine Resolution geeinigt, in welcher das Recht auf sauberes Trinkwasser und auf eine angemessene Hygiene als Menschenrechte festgeschrieben wurden. Erzbischof Jurkovic hob hervor, dass die vatikanische Publikation insbesondere das sich weltweit verschärfende Probleme der „Kommerzialisierung von Wasser“ in den Blick nehmen wird. Das Recht auf Wasser müsse überall auf der Welt per Gesetz garantiert sein.

USA: Spitzenreiter bei Waffendeals

In einem aktuellen Kommentar für die Ausgabe vom 31. Juli 2017 der US-Wochenzeitung „National Catholic Reporter“ erinnert der renommierte amerikanische Publizist Tony Magliano daran, dass die USA derzeit zusammen mit vielen anderen Industrienationen Waffen und sonstiges Kriegsgerät in weltweit über 40 Krisenregionen schicken und damit die Flucht von täglich 28.300 Zivilisten und pro Jahr den Tod von mindestens 150.000 Menschen mitverursachen.

Der Publizist hält außerdem fest, dass die USA 33 Prozent der gesamten Waffenexporte weltweit tätigen und dabei mindestens 55 überwiegend arme Länder beliefern.

Sein Land, so Magliano, sei nach Russland, China, Frankreich, England und Deutschland einsamer Spitzenreiter der „Waffenhändler-Zunft“. Nach Auskunft des „Research-Service-Büros“ im US-Kongress hätten allein 2014 die amerikanischen Waffenlieferungen in die ärmsten Länder 61 Milliarden US-Dollar erbracht. Fünf der größten Waffenhersteller der Welt seien amerikanisch, mit Lockheed Martin auf Rang 1.

Tony Magliano ist überzeugt, dass genauso schnell wie die amerikanische Industrie - kriegsbedingt - zwischen 1942 und 1945 für die Produktion von Waffen und anderem Kriegsgerät umrüstete, die heutigen Waffenfabrikanten in relativ kurzer Zeit in der Lage wären, für zivile Zwecke zu produzieren.

Theo Mechtenberg erhält Friedenspreis

Der Lothar-Kreyssig-Friedenspreis geht in diesem Jahr an den 1928 in Bad Oeynhausen geborenen Theologen, Publizisten und Übersetzer Theo Mechtenberg. Namensgeber des Preises, der am 11. November 2017 in der Magdeburger Johanniskirche dem „imprimatur“-Mitarbeiter öffentlich verliehen wird, ist der Gründer der „Aktion Sühnezeichen“, Lothar Kreyssig (1898-1986).

In der Begründung für die Preisvergabe erklärt das Stiftungs-Kuratorium:

„Seit über 40 Jahren stellt Theo Mechtenberg seine publizistische Tätigkeit in den Dienst der deutsch-polnischen Versöhnung und Verständigung. Durch seinen persönlichen Lebensweg und mit seinen profunden Kenntnissen zählt Mechtenberg in Deutschland zu den bedeutenden Vermittlern und Interpreten polnischer Geschichte und Kultur sowie aktueller Ereignisse und Entwicklungen in Gesellschaft und Kirche Polens.“

Die Verständigung zwischen Deutschland und Polen, so das Kuratorium, sei kein einmaliger oder gar abgeschlossener Prozess, sondern eine immer neu zu leistende Aufgabe, auch und gerade angesichts des Konfliktes zwischen den Repräsentanten national-konservativer Ideologien und den Vertretern einer offenen polnischen Gesellschaft, die auf europäische Integration und Solidarität setzt.

Neuer Chef der Glaubenskongregation

Nachdem Papst Franziskus Kardinal Gerhard Ludwig Müller nach Beendigung dessen fünfjähriger Amtszeit fristgerecht zum 2. Juli 2017 entlassen hatte, ernannte er mit sofortiger Wirkung seinen spanischen Ordensmitbruder und bisherigen Sekretär Müllers, Erzbischof Luis Francisco Ladaria Ferrer, zum neuen Chef der Behörde.

Der auf Mallorca geborene Ferrer gehört seit 2013 zu den engeren theologischen Beratern des argentinischen Papstes. Er war seit 1984 neben seiner Tätigkeit in der Glaubenskongregation Dogmatikprofessor an der päpstlichen Elite-Universität Gregoriana und gilt als „gemäßigt konservativ“. Nach einem Studienaufenthalt an der Jesuiten-Hochschule St. Georgen in Frankfurt a. Main werden dem Spanier „exzellente Deutschkenntnisse“ bescheinigt.

Kriegsrecht auf Mindanao

Mit großer Mehrheit haben beide Häuser des philippinischen Parlaments das Kriegsrecht auf der Insel Mindanao verlängert. Der Kongress folgte damit einem Antrag von Präsident Rodrigo Duterte. Das Kriegsrecht bleibt damit bis zum Jahresende in Kraft.

Mindanao wird seit nunmehr über 40 Jahren von religiös und politisch motivierten Konflikten erschüttert. Mehrere muslimische Rebellengruppen kämpfen auf der im Süden der Philippinen gelegenen Insel für mehr Autonomie der dem Islam angehörenden Bevölkerungsschichten.

Einzelne Kirchenvertreter begrüßten in den vergangenen Monaten das Kriegsrecht, andere sprachen sich dagegen aus und wieder andere warnten vor der Gefahr einer Ausweitung des Kriegsrechts auf das ganze Land.

In weiten Teilen der philippinischen Gesellschaft weckt der Schritt Erinnerungen an die massiven Menschenrechtsverletzungen unter Präsident Ferdinand Marcos, während dessen Amtszeit das Kriegsrecht zwischen 1972 und 1981 landesweit in Kraft war. Kritiker werfen dem aktuellen Amtsinhaber Duterte vor, mit dem Kriegsrecht seine Macht ausbauen zu wollen. Dieser hatte im Wahlkampf 2016 mehrfach mit dem Kriegsrecht als Mittel zur Durchsetzung seiner Politik gedroht.

Rekord bei Kirchensteuereinnahmen

Die beiden großen Kirchen in Deutschland haben 2016 so viele Kirchenbeiträge erhalten wie nie zuvor. Trotz sinkender Mitgliederzahlen erreichten die Kirchensteuereinnahmen im Vorjahr mit knapp 11,6 Milliarden Euro ein neues Rekordhoch. Davon erhielt die katholische Kirche 6,146 Milliarden und die evangelische 5,454 Milliarden. Im Vergleich zu den 11,461 Milliarden Euro 2015 ist das insgesamt ein leichter Anstieg um rund 1,2 Prozent.

In der katholischen Kirche stiegen die Einnahmen aus der Kirchensteuer im Vergleich zu 2015 (6,09 Milliarden Euro) um 0,9 Prozent, in der evangelischen Kirche (2015: 5,365 Milliarden Euro) um 1,6 Prozent.

Hauptgrund für den Anstieg ist die allgemeine Entwicklung der Löhne und Einkommen in Deutschland und der damit verbundene Anstieg der Lohn- und Einkommensteuer.

Kirchensteuerpflichtige Mitglieder von evangelischer oder katholischer Kirche zahlen je nach Bundesland acht beziehungsweise neun Prozent ihrer Lohn- oder Einkommensteuersumme als Kirchensteuer.

Kardinal Zen kritisiert China-Politik des Vatikans

Der emeritierte Erzbischof von Hongkong, Kardinal Joseph Zen Ze-kjun, brachte in einem Interview mit dem polnischen Magazin "Polonia Christiana" seine Überzeugung zum Ausdruck, dass die derzeitige China-Politik des Vatikans langfristig nicht zu Verbesserungen für Chinas Katholiken führen würde. Die derzeitige Lage der katholischen Kirche sei nach Einschätzung vieler Experten sogar schlimmer als während der Unterdrückung der 1950-er und 1960-er Jahre.

Das kommunistische Regime, so der Kardinal, habe sich nicht geändert, und der Heilige Stuhl wähle gegenüber den chinesischen Machthabern die falsche Strategie, wenn er den Gläubigen empfehle, sich anzupassen und eine jederzeit kompromissbereite Haltung an den Tag zu legen. Der aus Lateinamerika kommende Papst handele naiv, meinte Zen, weil er offensichtlich mit den totalitären Pekinger Varianten des Kommunismus nicht ausreichend vertraut sei. „Wie kann man das Initiativrecht bei der Bischofswahl an einen atheistischen Staat abtreten“, fragte Kardinal Zen.

Rein formal habe die Regierung nur das Recht, die Kandidaten zu bestätigen, die von einer regimehörigen Bischofskonferenz gewählt würden, von welcher die legitimen Bischöfe der Untergrundkirche ausgeschlossen seien.

Brasilien: Landkonflikte

Der brasilianische Präsident Michel Temer will das Jamanxim-Schutzgebiet am Amazonas um 350.000 Hektar oder 27 Prozent verkleinern. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf hat Temer an den Kongress übergeben.

Das Schutzgebiet im Bundesstaat Para umfasst derzeit 1,3 Millionen Hektar.

Das Schutzgebiet Jamanxim liegt in der Nähe der Stadt Novo Progresso ("Neuer Fortschritt"), eine für illegale Landbesetzung und Abholzung bekannte Region. An der Grenze des Gebietes verläuft zudem die Bundesstraße BR 163, über die Hölzer, Fleisch und Soja abtransportiert werden. Die Regierung plant den Bau einer Eisenbahnstraße zum Transport von Agrarprodukten.

Das Umweltministerium rechtfertigte die Verkleinerung des Schutzgebietes damit, dass dort "Rechtssicherheit" geschaffen werden müsse. Zuletzt hatten Siedler und Farmer mit gewaltsamen Protesten eine Aufhebung des Schutzgebietes gefordert.

Beobachter glauben, dass Temer mit den geplanten Einschnitten die mächtige Agrar-Fraktion im Kongress auf seine Seite ziehen will. Ihr gehören schätzungsweise 230 Abgeordnete an. Nach jüngsten Informationen aus dem Vatikan soll Papst Franziskus beabsichtigen, eine Synode über das Amazonasgebiet einzuberufen, welches Heimat für die große Mehrheit der indigenen Völker Brasiliens ist.

Demokratische Republik Kongo: Politischer Engpass

Die politische Krise in der Demokratischen Republik Kongo spitzt sich nach Ansicht von Afrikawissenschaftlerin Gesine Ames weiter zu. Derzeit hätten die katholischen Bischöfe "keinen Zugang" zu dem engeren Kreis der Regierung um Präsident Joseph Kabila, erklärte die Koordinatorin vom Ökumenischen Netz Zentralafrika (ÖNZ) gegenüber der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) in Berlin. Offenbar klammere sich Kabila weiter an die Macht und versuche, die katholische Kirche, die im Kongo über erhebliches Ansehen verfügt, aus dem Dialog über die Zukunft des Landes auszugrenzen.

Der jüngste Machtkampf im Kongo dauert seit Monaten an. Eigentlich hätten bereits Ende 2016 Wahlen in dem zweitgrößten Land Afrikas stattfinden sollen. Allerdings weigerte sich Kabila, seinen Platz - wie von der Verfassung vorgesehen - nach Ablauf seiner zweiten regulären Amtszeit zu räumen. Unter maßgeblicher Vermittlung der katholischen Bischöfe des Kongo kam es am 31. Dezember 2016 zu einem Kompromiss, der Neuwahlen bis Ende 2017 vorsieht.

Vor kurzem hatte allerdings der Leiter der Wahlkommission, Corneille Nangaa, überraschend bekanntgegeben, dass auch dieser Termin nicht eingehalten werden könne. Zur Begründung verwies er auf die instabile politische Lage insbesondere in der Unruheprovinz Kasai im südwestlichen Zentrum des Kongo.

Die Demokratische Republik Kongo hat 80 Millionen Einwohner. Bei schweren Unruhen sind allein in den östlichen Landesteilen während der vergangenen 20 Jahre mindestens 3 Millionen Zivilisten ums Leben gekommen. Laut UN-Angaben sind derzeit 3,8 Millionen Menschen auf der Flucht. Vor allem aus der lange Zeit als vergleichsweise stabil geltenden Provinz Kasai strömen die Einwohner derzeit in Scharen ins benachbarte Ausland. Allein in Angola, so die Deutsche Welle, befänden sich momentan 25.000 Flüchtlinge aus der Provinz Kasai.

Papst Franziskus lädt zu "regenerierender Stille" ein

Papst Franziskus hat dazu aufgerufen, in der Sommerzeit die "friedensstiftende und regenerierende Stille" wiederzuentdecken. Eine Unterbrechung des Alltags sei nötig, um "die Kräfte des Körpers und des Geistes wieder zu stärken und den spirituellen Weg zu vertiefen", sagte er Anfang August beim sonntäglichen Mittagsgebet in Rom.

Zugleich erinnerte er an diejenigen, die aufgrund von Alter, Krankheit, Arbeitsverpflichtungen oder aus Geldmangel nicht in Urlaub gehen könnten. Auch sie sollten "eine Zeit der Entspannung" erfahren. Der 80-jährige Papst selbst verzichtet auf die bei seinen Vorgängern üblichen Sommerferien.

Franziskus verband seine Urlaubsreflexion mit dem Fest der Verklärung Jesu, das am 7. August begangen wurde. Der Aufstieg Jesu mit drei Jüngern auf einen Berg, auf dem seine Begleiter Zeugen einer wundersamen Offenbarung werden, erinnere an die Bedeutung, sich von weltlichen Dingen zu lösen, so der Papst. Die Verklärungsgeschichte selbst nannte er eine

"Botschaft der Hoffnung". Sie lade ein, Jesus zu begegnen, um sich in den Dienst der Nächsten zu stellen.

"Verwandelt von der Gegenwart Christi und der Glut seines Wortes werden wir konkretes Zeichen der lebensschaffenden Liebe Gottes für alle unsere Brüder", sagte Franziskus. Dabei nannte er "besonders die Leidenden, die Einsamen und Verlassenen, die Kranken und die vielen Männer und Frauen, die in unterschiedlichen Teilen der Welt von Ungerechtigkeit, Übergriffen und Gewalt gedemütigt werden".

Kardinal Woelki genervt von "Klugscheißern"

Der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki stört sich an Ratgebern, die ohne Ahnung "neunmalklug daherreden". Zwar gehöre es zu den geistlichen Werken der Barmherzigkeit, Unwissende zu belehren, sagte er im Kölner "domradio": "Nur Klugscheißen und eingebildet als Besserwisser daherreden, das ist damit natürlich nicht gemeint."

Wer einen Unwissenden lehre, müsse den richtigen Ton finden und ihm auf Augenhöhe begegnen, sagte der Erzbischof. "Auf keinen Fall darf der Ratgeber also arrogant und überheblich von oben herab reden." Der wahrhaft Weise prahle nicht selbstverliebt, betonte Woelki. Vielmehr sei es ihm "ein Herzensanliegen, andere ein wenig schlauer zu machen".

Der Erzbischof räumte ein, dass gerade Geistliche hin und wieder dazu neigten, von oben herab zu predigen. "Gerade wir Theologen glauben ja bisweilen, dass wir die Weisheit ganz alleine für uns gepachtet haben."

122 Staaten beschließen Atomwaffenverbot

Ohne das Votum der derzeit bekannten Atommächte USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea haben am 7. Juli 2017 die Vereinten Nationen einen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen verabschiedet. 122 an den Verhandlungen teilnehmende Länder stimmten in New York für die Annahme des völkerrechtlich verbindlichen Dokuments. Die Niederlande stimmten dagegen, Singapur enthielt sich der Stimme.

Mit dem Vertrag verpflichten sich die Länder, nie und unter keinen Umständen Atomwaffen zu entwickeln, herzustellen, anzuschaffen, zu besitzen oder zu lagern. Mit dem Beschluss wollen die Unterstützer Druck auf die Atommächte für eine Abrüstung ausüben.

Friedensorganisationen begrüßten den Vertrag und sprachen von einem "historischen Abkommen".

Deutschland und andere NATO-Mitglieder stimmten dem Vertrag nicht zu.

Unter größten Sicherheitsvorkehrungen lagert die NATO auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel in der Eifel seit Jahren Nuklearwaffen.